

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Einbürgerungsstopp für türkische Staatsbürger

In der Türkei war die vor kurzem stattgefundene Wahl für Recep Tayyip Erdoğan eine Zitterpartie, in Österreich eine „gmahde Wiesn“. Bei einer Rekordbeteiligung von 56,17 Prozent gaben 62.349 der 111.000 in der Republik Österreich lebenden Türken dem umstrittenen Staatspräsidenten ihre Stimme. Das sind 72 Prozent! 72 Prozent finden also nichts dabei, dass Erdoğan Demonstrationen gegen seinen autoritären Regierungsstil mit Gewalt niederschlagen lässt. Dass Oppositionelle verhaftet und kritische Journalisten ins Gefängnis gesteckt werden. 72 Prozent unterstützen also den politischen Islam und Erdoğan's Feindseligkeit gegenüber dem Westen und leben gleichzeitig in Österreich, wo sie auch an innerstaatlichen Wahlen teilnehmen. Die Bundesregierung und die Wiener Stadtregierung sind sogar so tolerant, dass der türkische Außenminister sogar Wahlkampf in Wien-Liesing führen und eine einschlägige Videobotschaft des Präsidenten abspielen darf. 72 Prozent Zustimmung für Erdoğan sind der bittere Beweis, dass Österreich, insbesondere Wien mit den Integrationsbemühungen auch bei der zweiten Generation der „Austrotürken“ kläglich gescheitert ist.

Es ist auch bekannt, dass der türkische Diktator Erdogan über ein weit verzweigtes Netzwerk türkisch-islamischer Vereine ungeniert auf die Innenpolitik in den Gastländern Einfluss zu nehmen versucht, unabhängig davon, ob es sich bei den Auslandstürken um Staatsbürger des Gastlandes handelt oder nicht. Um das Entstehen unerwünschter Doppelstaatsbürgerschaften zu verhindern, verlangt das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht von einbürgerungswilligen Personen, dass diese ihre bisherige Staatsbürgerschaft zurücklegen. Viele eingebürgerte Türken haben sich nach der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft illegalerweise erneut die türkische Staatsbürgerschaft zurückgeholt. Obwohl sie damit ex lege die österreichische Staatsbürgerschaft verlieren, können sie bis zur rechtskräftigen Feststellung des Verlustes die mit beiden Staatsbürgerschaften verbundenen Rechte de facto ausüben.

Da die türkischen Behörden die Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden systematisch verweigern, kommen diese Scheinstaatsbürgerschaften nur zufällig ans Tageslicht und führen nur selten zu rechtskräftigen Feststellungsbescheiden, dass die österreichische Staatsbürgerschaft verloren

wurde. Eine Kontrolle vor Wahllokalen, die den Missbrauch und den Betrug aufzeigen könnten, werden von ÖVP, SPÖ und Grünen weiter verhindert. Die Weigerung der Türkei, mit den österreichischen Behörden zu kooperieren und die entsprechenden Staatsbürgerschaftsregister abzugleichen, ist inakzeptabel. Österreich sollte daher die Einbürgerung türkischer Staatsbürger solange stoppen, solange die Türkei nicht kooperationswillig ist. Da die Vollziehung des Staatsbürgerschaftsgesetzes Landessache ist, kann das Land Wien auf Basis der bestehenden Gesetzeslage tätig werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für einen sofortigen Einbürgerungsstopp für türkische Staatsbürger aus. Dieser Einbürgerungsstopp soll solange aufrechterhalten werden, als die Türkei die Offenlegung ihres [Staatsbürgerschaftsregisters](#) verweigert.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

